

Bürgermeister Dr. Kurt Fischer  
6890 Lustenau, Rathausstraße 1  
Tel +43 (0) 5577 8181-102, Fax +43 (0) 5577 8181-118  
buergermeister@lustenau.at

Marktgemeinde **Lustenau**



An den  
Österreichischen Städtebund

Rathaus  
Stiege 5, Hochparterre  
1082 Wien



Bürgermeister Dr. Kurt Fischer

30. April 2015

Sehr geehrte Damen und Herren!

Auftrags der Gemeindevertretung der Marktgemeinde Lustenau darf ich die nachstehende Resolution an den Österreichischen Städtebund richten:

**"R e s o l u t i o n**  
**der Gemeindevertretung der Marktgemeinde Lustenau**  
**gegen TTIP, TiSA und CETA:**

Die Lustenauer Gemeindevertretung fordert, dass

- die kommunale Daseinsvorsorge vom Freihandelsabkommen mit den USA und allen weiteren Handels- und Dienstleistungsabkommen samt sogenanntem „Investorenschutz“ (TTIP, TiSA und CETA (ISDS)) dezidiert ausgenommen wird. Dies bezieht sich insbesondere auf Bereiche, wie die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, Abfall, öffentlichen Nahverkehr und Leistungen öffentlicher Daseinsvorsorge, wie Gesundheits- Sozial- und Umweltbereich, sowie Agenden des Kulturbereiches und der Planungshoheit im Bereich Regelung der Niederlassungsfreiheit
- die TTIP- und TiSA-Verhandlungen ausgesetzt werden, solange die verhandlungsrelevanten Dokumente nicht offengelegt sind und es keinen demokratischen Prozess gibt
- Eingriffe in die verfassungsrechtliche gesicherte Gemeindegeldverwaltung grundsätzlich in allen o.a. Vertragswerken ausgeschlossen werden.

- das CETA-Abkommen durch die österreichische Regierung bzw die Abgeordneten des Nationalrates bzw die österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament abgelehnt wird
- das ISDS Verfahren (sogenannter "Investorenschutz") als „quasi-privates Justizsystem“ der multinationalen Unternehmen mit Beschränkung des demokratischen Prinzips und des Grundsatzes der Gleichheit aller Bürger abgelehnt wird.
- während der gesamten Verhandlungsdauer im österreichischen und Europäischen Parlament eine begleitende öffentliche Auseinandersetzung mit den Verhandlungsinhalten unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen stattfindet

In verfahrensrechtlicher Hinsicht fordert die Lustenauer Gemeindevertretung die österreichische Bundesregierung, die österreichischen Abgeordneten des EU-Parlaments, sowie das österreichische Mitglied der EU-Kommission auf, die oben angeführten Forderungen und Anliegen in ihrem Kompetenzbereich mit Nachdruck zu vertreten und für Transparenz des Verhandlungsverlaufes und allfälliger Verhandlungsergebnisse hinsichtlich aller laufenden Verhandlungen einzutreten."

Diese Resolution ist zudem auch an die Österreichische Bundesregierung gerichtet worden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Kurt Fischer  
Bürgermeister

